

Nachrichten aus Ungarn

4 / 2009

Nach den Europa-Wahlen in Ungarn. Eine Analyse.

Bereits unmittelbar nach den Wahlen zum Europa-Parlament am 7. Juni wurde in Interviews und Kommentaren der ungarischen Medien immer wieder die gleiche Frage gestellt: welche Folgen der überwältigende Sieg der Oppositionsparteien FIDESZ und Jobbik und die historische Niederlage der (seit 2004) regierenden Linken in Ungarn wohl haben mag. Alle seriösen Stimmen waren sich einig darin, dass die politischen Folgen für Ungarn bedeutsam sein werden.

Wahlergebnisse der EP-Wahlen in Ungarn 2009

Die Wahlbeteiligung lag bei 36,28%. Ungarn hat 22 Mandate zu vergeben.

Fidesz	56,37%	14 Mandate
MSZP	17,32%	4 Mandate
Jobbik	14,77%	3 Mandate
MDF	5,3%	1 Mandat

Die 5%-Hürde nicht geschafft haben:

SZDSZ (Liberale)	2,16%
LMP (Grün-Alternativ)	2,6%
Munkáspárt	0,96%
MCF (Romapartei),	0,47%.

Zusammenstellung: FES Budapest

Aufgrund der konstanten öffentlichen Meinungsumfragen in den letzten Monaten und dem großen Erfolg bei der Nachwahl zum Bürgermeisteramt am 10. Mai in Pécs war mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit bei den EP-Mandaten und mit mindestens 60-65 % der abgegebenen Stimmen für den rechtspopulistischen **FIDESZ** gerechnet worden. Demgegenüber kommentierten die FIDESZ-Führung und Parteichef Viktor Orban selbst während des EP-Wahlkampfes den für sie prognostizierten Wahlerfolg eher zurückhaltend. Tatsächlich schneiden bei EP-Wahlen die kleinen Parteien traditionell besser ab, die durch eine gegenüber nationalen Parlamentswahlen insgesamt geringere Wahlbeteiligung ebenso profitieren wie durch ein eher taktisch bedingtes Wahlverhalten. Daher bemühten sich die führenden Vertreter der größten Oppositionspartei während des Wahlkampfes, die Erwartungen nach unten zu schrauben, und gaben die Erringung von insgesamt 11 Mandaten (d.h. 50 % aller ungarischen Mandate) als Wahlziel aus. Jedes zusätzliche Mandat für FIDESZ, so Viktor Orbán, sei ein „Geschenk“ für die Partei. Diese

Strategie bewährte sich dann auch auf spektakuläre Weise: Obwohl der Stimmenanteil des Fidesz mit 56,37% unter der von den meisten Meinungsforschungsinstituten ermittelten Prognose blieb, und infolge dessen auch die Zahl der gewonnenen Mandate nach Auszählung der Stimmen 14 anstatt der prognostizierten 16-17 betrug, war die Freude der Sieger ungetrübt. Damit konnten unangenehme Erklärungsversuche, die eventuell einen Schatten auf das gute Abschneiden geworfen hätten, vermieden werden. Mehr noch bot das Ergebnis für FIDESZ die Möglichkeit, von einem historischen Wahlsieg – oder mit den Worten von Orban einem „ungarischen Rekord“ – in der dreißigjährigen Geschichte der EP-Wahlen zu sprechen. Verstärkt wird die Zuversicht der größten Oppositionspartei Ungarns durch die Verwirrung und Verzweiflung, die sich in den Reihen ihrer wichtigsten politischen Gegner nach ihrer schockierenden Niederlage breit machten: Die sozialdemokratische MSZP und der liberale SZDSZ werden wahrscheinlich lange brauchen, um ihre Reihen zu ordnen, wodurch der FIDESZ mit guten Chancen und ohne größere Risiken auf dem bisherigen Weg in Richtung eines überwältigen Sieges bei den Parlamentswahlen 2010 weiter gehen kann.

In diesem Siegesrausch kann allein der überraschend deutliche Wahlerfolg der rechtsextremen Jobbik-Partei Kopfzerbrechen für die FIDESZ-Führung bereiten. Denn der erreichte Stimmenanteil der rechtsextremen Partei von fast 15 %, der dem der regierenden MSZP sehr nahe kommt, weist darauf hin, dass mit der Jobbik-Partei auch auf Dauer als Faktor in der rechtsextremen Szene Ungarns zu rechnen ist. Daraus erwächst für FIDESZ eine neue Situation: Seit der Zeit der inzwischen bedeutungslosen MIEP-Partei sieht sich Viktor Orban erstmals wieder gezwungen, sich politisch mit Themen und Agenda einer anderen Partei rechts von FIDESZ auseinanderzusetzen (u.a. autoritäre Ordnung und öffentliche Sicherheit). Zugleich steht mit dem Erstarken der Jobbik-Partei auch seine langjährige Strategie „Ein Lager, eine Flagge“ zur Disposition. Anzeichen dafür lieferte Orban selbst noch unmittelbar vor den Wahlen vom 7. Juni, als er in einem Interview die Partei von Gábor Vona als eindeutig extrem bezeichnete. Nachdem Orban es in der Vergangenheit stets bewusst vermieden hatte, sich politisch von Jobbik zu distanzieren, sind seine jüngsten kritischen Äußerungen ein bemerkenswerter Wandel in der FIDESZ-Rhetorik. Gleichzeitig vernimmt man in den letzten Wochen sowohl aus dem Munde prominenter FIDESZ-Vertreter als auch aus der parteinahen Presse immer öfter den von der MSZP (bzw. der Regierung) aufrechterhaltenen und gesteuerten Jobbik-Topos, womit suggeriert wird, die rechtsextreme Karte zu spielen.

Die entscheidende Frage aber ist, ob sich eine stärkere Distanzierung des FIDESZ von der rechtsextremen Jobbik auch im Gewinn von mehr Wählerstimmen niederschlagen wird. Mit anderen Worten: Wird der FIDESZ versuchen, seine an die Jobbik verlorenen Wähler wieder zurückzuholen, indem er die von den Rechtsextremen vereinnahmten Themen radikaler vertritt und die Idee von den vereinten Konservativen forciert? Oder entscheidet er sich für das

alternative Rezept, indem er die Tore nach rechts schließt und bereit ist, auf die Wähler der extremen Rechten zu verzichten? Dazu würde für FIDESZ derzeit auch die innenpolitische Lage eine historische Möglichkeit bieten, denn bei einer Zweidrittel- oder fast Zweidrittelmehrheit wäre der FIDESZ bei weitem nicht mehr „auf jede einzelne Stimme“ angewiesen. Natürlich hängt damit auch die Frage zusammen, ob sich die führende Partei der Konservativen den am 7. Juni errungenen Wählerstimmenanteil bewahren kann: Die niedrige Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl von nur 36,28% und die geringere Wahlbereitschaft der linken Wähler werfen die Frage auf, „welches Gewicht denn nun eigentlich die abgegebenen Stimmen haben“. Für Viktor Orbán bedürfen „seine“ 56% der abgegebenen Stimmen keiner „Interpretation“. Im Falle einer höheren Wahlbeteiligung von über 60% bei den Parlamentswahlen 2010 ist diese Frage allerdings wahlentscheidend: wer zuhause bleibt bzw. wer von denjenigen, die am 7. Juni zuhause geblieben sind, im nächsten Jahr seine Stimme abgibt. Aus FIDESZ-Kreisen war nach der EP-Wahl zu hören, dass Orbán für 2010 auf die Mobilisierung aller Wählerstimmen rechts von der Mitte setzen und dazu eine offene Konfrontationspolitik gegenüber Jobbik einschlagen könnte. Die Wahl der richtigen Strategie wird FIDESZ aber letztlich von der weiteren Auseinandersetzung mit der MSZP und auch deren Verhältnis zur Jobbik-Partei abhängig machen.

Seit geraumer Zeit, und spätestens seit März 2008, lässt sich die **MSZP** mit dem Strom treiben. Tatenlos sah sie zu, wie ihre Popularität zerbrach. Bedingt durch die schlecht kommunizierten Gyurcsány-Reformen, die nacheinander folgenden restriktiven Maßnahmen, die keinen einheitlichen konzeptionellen Hintergrund aufwiesen, und die sozialen Spannungen infolge der Wirtschaftskrise sanken die Umfragewerte der Sozialisten auf ein so niedriges Niveau, dass vor den EP-Wahlen sich niemand Illusionen über den Wahlausgang machen konnte. Wie bei der „sozialen Volksabstimmung“ war die MSZP auch diesmal um eine Minimierung der Verluste bemüht und knüpfte ihr Wahlziel bei der EP-Wahl an die Anzahl der gegenüber 2004 erreichten EP-Mandate (die MSZP errang 2004 insgesamt 9 Mandate und rechnete intern für 2009 mit 5-6 Mandaten – die Red.). Trotz dieses eher bescheidenden Ziels erwies sich die tatsächliche Niederlage für die MSZP als eine derbe Ohrfeige. Im Gegensatz zu den 14 FIDESZ-Mandaten, die von den Sozialisten noch halbwegs verkraftet werden können, sind einerseits der MSZP-Stimmenanteil von unter 20% und andererseits die 3 Mandate der Jobbik-Partei der eigentliche Schock, der im Hinblick auf die absolute Stimmenanzahl noch alarmierender ausfällt: 2006 vereinte die MSZP noch 43,21% der Stimmen auf sich, und mit dem Wahlausgang am 7. Juni liegt sie nur noch mit weniger als 3% vor der rechtsextremen Partei, die zu Jahresbeginn noch kaum in ihrer Bedeutung zu messen war und nunmehr die Sozialisten in sieben Komitaten sogar schlug.

Die Verwirrung ist trotz der scheinbaren Gefasstheit, mit der die Niederlage kommuniziert wird, zu spüren, wobei die Parteiführung versucht, die unzufriedene parteiinterne Opposition zu besänftigen, indem sie den Wahlkampfstab, die vorherige Regierung und Ferenc Gyurcsány persönlich zu Sündenböcken macht. Obwohl 2004 das Wahlergebnis, das zwar schlechter als erwartet ausfiel, aber bei weitem nicht so erniedrigend war, praktisch zum Austausch des Regierungschefs führte, war in der ersten Erklärung der Parteiführung zu hören, dass die sozialistische Partei und ihre Fraktion die Regierung vorbehaltlos unterstützt und auch weiterhin an der eingeschlagenen politischen Linie festhält. Der parteiinterne Kampf ist aber noch lange nicht entschieden, und erst in naher Zukunft wird sich zeigen, ob die Angst vor vorgezogenen Wahlen bzw. vor einer Zweidrittelmehrheit des FIDESZ die schwankenden Abgeordneten in der MSZP-Fraktion beruhigen können. Mehrere Anzeichen weisen darauf hin, dass die von Resignation geprägte offizielle Sprachregelung der Parteiführung („die Ergebnisse entsprechen der Papierform“) nicht die gesamte Partei überzeugt hat, die besonders durch den spektakulären Bodengewinn der Jobbik erschüttert wurde. Zugleich müssen die Unzufriedenen auch sehen, dass angesichts der jetzigen Kräfteverhältnisse die Jobbik bei vorgezogenen Wahlen sicher ins Parlament einziehen würden. Das wiederum kann als weiteres Argument dafür dienen, den Termin im April nächsten Jahres abzuwarten und das Land weiter zu regieren. Vielleicht können bis dahin die Regierungsmaßnahmen zur Minderung und Bekämpfung der globalen Krise die öffentliche Stimmung soweit verbessern, dass zumindest ein Teil der enttäuschten und in Passivität versunkenen Stammwähler zur Partei zurückgeholt wird. Auch daher wird die Bajnai-Regierung, ihre auf „Kompetenz“ aufbauende Imagepolitik fortsetzen, um so bis April mit Verweis auf die erfolgreiche Krisenbekämpfung die auseinandergefallene Linke wieder zusammenzuschmieden – vorausgesetzt allerdings, die gegenwärtig amtierende Regierung kann bis dahin weiter mit der Unterstützung der MSZP-Führung rechnen, die nicht nur durch die Linken in der Partei, sondern auch durch die einflussreichen Komitatsführungen und Bürgermeister der MSZP gefährdet scheint, die mit Blick auf die im Herbst 2010 anstehenden Kommunalwahlen eher zu vorgezogenen Neuwahlen tendieren. Aus ihrer Sicht würden sich die Wahlchancen erhöhen, wenn zum Zeitpunkt der Wahlen eine FIDESZ-Regierung bereits 1 Jahr im Amt wäre.

Seit Anfang 2009 steigerte die **Jobbik-Partei** immer sichtbarer ihre Popularität unter den ungarischen wahlberechtigten Bürgern. Zwar rechneten seit geraumer Zeit immer mehr mit einem Einzug der Jobbik in das Europäische Parlament, doch das Ausmaß ihres Erfolges hat praktisch jeden überrascht. Der Stimmenanteil der rechtsextremen Partei von 14,77% löste trotz der geringen Wahlbeteiligung bei den meisten politisch Interessierten Bestürzung aus. Zweifellos haben die Parteiführung und ihre Wahlkampfstrategen einen Riesenerfolg erreicht. Noch dazu bei nicht unbeträchtlichem Gegenwind, selbst wenn der SZDSZ (und teilweise die MSZP) mit gegen die Jobbik gerichteten Wahlkampflogans indirekt zur Bekanntheit und Popularität der

Partei beigetragen haben. Zu den Gründen gehört in erster Linie die kompromisslose Romafeindlichkeit der Partei, die mit ihrer Offenheit und Grobheit den nicht minder schwerwiegenden Vorurteilen gegenüber Roma in der überwiegenden Mehrheit der ungarischen Gesellschaft entspricht. Auch eine Erhebung des Instituts Progresszív Intézet Anfang April bestätigt, dass es sich als politische Strategie bezahlt macht, die Politik einer Partei auf Romafeindlichkeit aufzubauen, denn 80% der ungarischen Gesellschaft haben in größerem oder kleinerem Maße Vorurteile gegenüber den Roma. Aufgrund der viel vorsichtigeren, „stärker politischen“ Rhetorik der Parlamentsparteien, werden zahlreiche Wähler das Gefühl gehabt haben, dass nur diese Outsider-Partei ehrlich von den Problemen spricht, die die Menschen im Alltag beschäftigen. In dieser Hinsicht setzt sich die Jobbik scharf von anderen rechtsextremen Gruppierungen in Ungarn ab, denn trotz der Tatsache, dass der Antisemitismus in der Parteirhetorik eine wichtige Rolle spielt, kann er im Vergleich zur Romafeindlichkeit bis heute als zweitrangig betrachtet werden. Allen Anzeichen zufolge führte dies dazu, dass das Wählerlager der Jobbik auch nicht unbeträchtlichen Zulauf seitens ehemaliger MSZP-Wähler hatte, besonders in den Komitaten (z. B. Szabolcs oder Borsod), in denen die tatsächlich existierenden Probleme im Zusammenleben von Roma und Ungarn verschärft zu spüren sind. Der Gesinnungswechsel bei den MSZP-Wählern erklärt sich dadurch, dass Romafeindlichkeit in Ungarn nicht der Trennung zwischen Rechten und Linken zugeordnet werden kann, bzw. ein beträchtlicher Teil der ungarischen Gesellschaft die Jobbik keineswegs eindeutig als extreme Partei bewertet und die Jobbik, laut Erhebung des Instituts Progresszív Intézet, auch von 19% der MSZP-Wähler ganz und gar nicht als extreme Partei eingeschätzt wird. Dennoch muß festgehalten werden, dass zumeist FIDESZ-Wähler „das Ufer gewechselt haben“. Das ist neben dem geringer als erwartet ausgefallenen Stimmenanteil der größten Oppositionspartei ein Hinweis darauf, dass dort, wo die Jobbik über dem Durchschnitt abgeschnitten hat, auch der FIDESZ schwächer war, während umgedreht dort, wo das FIDESZ-Ergebnis über 60% lag, auch der Erfolg der Jobbik gemäßiger ausfiel. Eine wichtige Rolle für das ideologische Profil der Partei spielen ferner Kapitalfeindlichkeit und Euroskepsis, mit der gegen Markt und Globalisierung eingestellte Gruppen unter den ungarischen Wählern angesprochen werden. Schließlich ist unter den Gründen für den Erfolg der Jobbik-Partei auch der markante Antisemitismus zu erwähnen (nicht zufällig beeilte sich die Spitzenkandidatin der Jobbik, Krisztina Morvai, ihren Erfolg mit dem ungleichen Kampf zwischen Palästinensern und Juden zu vergleichen). Dieser eignet sich als Mittel zur Mobilisierung von prozentual gesehen einigen wenigen, doch umso bewußteren extremen Stammwählern, die aus „Stimmenneid“ nicht den FIDESZ wählen, sondern immer die jeweilige extreme Rechte (früher die MIÉP).

Hinzu kommt, dass die beiden großen Parteien zwar versuchen, sich gegenseitig für die Erstarkung der extremen Rechten die Verantwortungen zuzuschieben. Es hat aber dennoch den Anschein, dass die Jobbik-Partei ein eigenständiges politisches Phänomen, das sich stark von

unter her entwickelt, und kein zeitweiliges politisches Showelement, sondern einen autonomen Faktor mit starken gesellschaftlichen Wurzeln darstellt. Sie verdichtet solche Probleme zu allgemein verständlichen Botschaften, die in der Realität zwar viel komplizierter, aber für jedermann spürbar sind. Gerade wegen dieser Kompliziertheit und Empfindlichkeit waren die Parteien in den letzten zwanzig Jahren nicht fähig oder mutig genug, die schwierigen Fragen und Probleme in Verbindung mit der Roma-Integration tatsächlich anzugehen. Wenn sie es denn taten, konnten sie keine wirklichen Lösungen vorweisen. Selbst die von ihnen verwendete Sprache erwies sich für die Artikulierung der Probleme, die so viele beschäftigen, als ungeeignet. In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, wie man im Waffenarsenal der Jobbik-Partei mit dem Romathema weiter umgehen wird. Im EP wird sie ganz offensichtlich nicht die Gelegenheit haben, den Begriff der „Zigeunerkriminalität“ mit ähnlichen Aktivitäten wie hierzulande auf der Tagesordnung zu halten, weshalb Globalisierungs- und Kapitalfeindlichkeit bzw. der Widerstand gegen den Lissabon-Vertrag als Themen in den Vordergrund treten werden.

Es stellt sich auch (und nicht zum ersten Mal) die Frage nach der Verantwortung der ungarischen Medien, nachdem das öffentlich-rechtliche Fernsehen am 7. Juni zum ersten Mal live von einer Jobbik-Veranstaltung berichtet hat. Die Äußerungen der Spitzenkandidatin der Jobbik-Partei, Krisztina Morvais, erlangten damit den gleichen Status als Botschaften mit Nachrichtenwert wie die der Spitzenkandidaten aller „salonfähigen“ Parteien. Von Anfang an nutzte die Partei übrigens auf professionelle Art und Weise die Sensationsgier der Massenmedien und konnte so auch später häufig aus der Quarantäne ausbrechen, unter die sie von praktischen allen TV-Sendern – mit Ausnahme von TV2 – gestellt worden war. Diesmal jedoch wurde sie zusammen mit den „salonfähigen“ Parteien des ungarischen Parlamentarismus auf die gleiche Stufe gehoben, und zwar nicht als interessanter Skandal, sondern als Anwärter auf Mandate im Europäischen Parlament. 2008 war für die Jobbik-Partei somit das Jahr auch der medialen Konsolidierung.

Neben Fidesz und Jobbik war der größte Gewinner bei den Wahlen zweifellos die christdemokratisch orientierte Partei des **MDF**, da für sie – bei konstanten Umfragewerten um rund 1 % - nicht die Gewinnmaximierung oder das Ausbrechen aus der Isolierung, sondern das reine politische Überleben auf dem Spiel steht.

Mit dem Wiedereinzug ins EP durch 1 errungenes Mandat gewann die MDF-Vorsitzende Ibolya Dávid auch selbst einen Etappensieg in einem seit Jahren parteiintern geführten Machtkampf um die politische Ausrichtung der MDF. Die von ihr vertretene konservative Ausrichtung nach westeuropäischem Vorbild hat die Partei gespalten, und mit dem gewonnenen Mandat stärkt David ihre Position gegenüber jenen Kräften in der Partei, die auf eine Annäherung an den FIDESZ und eine Distanzierung von liberalen Pro-Markt-Werten drängen. Gleichzeitig darf trotz

der augenblicklichen Euphorie in der MDF nicht vergessen werden, dass die ehemalige Regierungspartei aus den frühen 90er Jahren nur um Haaresbreite über die 5-Prozent-Schwelle gekommen ist. Spannend ist die Frage, wozu Ibolya Dávid in dem knapp einen Jahr bis zu den Wahlen 2010 die jetzige Stärkung ihrer Position nutzen wird und inwieweit ihr dabei der MDF-Spitzenkandidat und ehemalige Finanzminister Lajos Bokros – der, obwohl selbst kein MDF-Mitglied, sofort nach dem Wahlerfolg mit überraschender Vehemenz auf den Parteiausschluss aller Unzufriedenen drängte – aus Brüssel wird helfen können. Eines der größten MDF-Probleme ist der Mangel an Organisation, weshalb sie ihr landesweites Netz bis zu den Parlamentswahlen verstärken muss.

Vor den Wahlen sah sich der liberale **SZDSZ** mit ähnlichen Risiken wie die MDF konfrontiert. Wahrscheinlich wird die liberale Partei das Versuchskaninchen spielen, an dem beobachtet wird, was im Falle eines Scheiterns mit der MDF passiert wäre. Schon heute kommen parteiinterne Gegensätze und Fraktionskämpfe an die Oberfläche, und mit dem Rücktritt des SZDSZ-Chefs Gábor Fodor unmittelbar nach Ausgang der EP-Wahlen steht die am Rande der politischen Existenz lavierende Partei vor zwei Wahlmöglichkeiten: bei beiden geht es um ihre Fähigkeit, sich von der mittlerweile untragbaren Rolle als „Regierungspartei und Opposition“ zu befreien. Der SZDSZ muss sich entscheiden: entweder distanziert er sich von der Bajnai-Regierung und vollzieht eine radikale „Wende hin zur Opposition“, die unter Umständen sogar im Gegensatz zu seiner Überzeugung steht, oder er bekennt sich offen zu einer regierungsunterstützenden Position, gibt damit seine „salonoppositionelle“ Rhetorik auf und stellt sich voll und ganz auf die Seite der Regierung. Verschlechtert werden die Chancen der Partei allerdings dadurch, dass keine der beiden Möglichkeiten eine Garantie für den sicheren Erfolg bietet. Während die Erfahrungen aus den letzten Jahren zeigen, dass die Wähler immer weniger für eine Regierungspolitik, die „Schmerzen für jeden“ verspricht, empfänglich sind, wird eine Stärkung des Oppositionsimages dadurch erschwert, dass durch die sechsjährige Zusammenarbeit in der Koalition und die einjährige Zeit als Quasi-Regierungspartei der SZDSZ mit für die unpopulären restriktiven Maßnahmen verantwortlich gemacht wird. Auf der anderen Seite kann eine Abwendung von der die Krise bekämpfenden Regierung auch schnell das kleine Restlager an liberalen Sympathisanten erodieren. Eines ist sicher: In der Fraktion des SZDSZ, der an der Schwelle zur Auflösung steht, treten immer stärker persönliche Strategien in den Vordergrund. Egal welche einheitliche Entscheidung auf wichtigen Parteiforen auch getroffen wird, es ist ganz und gar nicht sicher, ob sich die Fraktion dann auch geschlossen an sie hält. Man stelle sich zum Beispiel vor, die neue SZDSZ-Führung beschließt, für die Parlamentsauflösung zu stimmen. Es gibt keine Garantie dafür, dass dieser Beschluss von der Fraktion auch einheitlich unterstützt wird.

Als Erfolg bewerten die meisten Beobachter die Tatsache, dass die erst vor einigen Monaten gegründete Partei namens Lehet Más a Politika - **LMP** (deutsch: Politik kann anders sein) bei den EP-Wahlen 2% nicht nur erreichte, sondern sogar übertraf und damit auch den seit fast zwei Jahrzehnten im Parlament vertretenen SZDSZ hinter sich ließ. Dieses Ergebnis darf nicht unterschätzt werden, besonders, wenn man berücksichtigt, dass auf der Liste der Partei kein so bekannter, symbolischer und zugkräftiger Name stand wie der von Lajos Bokros auf der Liste der ebenfalls kleinen Partei MDF oder Krisztina Morvai auf der Jobbik-Liste.

Heute besitzt die LMP bereits einen Bekanntheitsgrad und, dank des Erfolgs vom 7. Juni, auch ein gewisses Prestige, auf dessen Grundlage sie mit den Vorbereitungen auf die Parlamentswahlen beginnen kann: eine landesweite Organisation aufzubauen, zugkräftige Namen für sich zu gewinnen und das ideologische Profil der Partei markanter zu gestalten. Allerdings wird das Ergebnis davon abhängen, ob und in welchem Maße die von der LMP vertretenen Ziele (Umwelt und Jugend) wie ihre grundsätzliche Antihaltung zur politischen Klasse im politischen System Ungarns ausreichend Resonanz finden können. Der relative EP-Wahlerfolg der LMP kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt allenfalls als punktueller Erfolg und noch nicht als Garantie für eine dauerhafte politische Präsenz im Bewusstsein der Mehrheit der ungarischen Wähler betrachtet werden.

Kornelia Magyar, Direktorin des Progressive Instituts Budapest

Budapest, 10. Juni 2009

Übersetzung aus dem Ungarischen: Peter Schmidt